

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 14. Mai 1970	Nummer 71
--------------	--	-----------

13 **Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (NWP 75)**

RdErl. d. Ministerpräsidenten v. 7. 4. 1970 — PB/St 1

Die Landesregierung hat das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (NWP 75) am 3. 3. 1970 beschlossen und es am 7. 4. 1970 dem Landtag zugeleitet und veröffentlicht. Es stellt als umfassendes Handlungsprogramm langfristige Ziele für die Arbeit der Landesregierung und der Dienststellen der Landesverwaltung auf und gibt die zu ihrer Erreichung bis 1975 beabsichtigten Maßnahmen und vorgesehenen Landesausgaben an.

- 1 Soweit das NWP 75 Ermessensrichtlinien oder konkrete Maßnahmen enthält, deren Durchführung den Dienststellen des Landes obliegt, ist es für sie verbindlich.
 - 1.1 Bei amtlichen Verlautbarungen ist das NWP 75 zu beachten.
 - 1.2 Wenn durch die weitere Entwicklung im Programmzeitraum Abweichungen vom NWP 75 in Betracht kommen, ist den zuständigen obersten Landesbehörden zu berichten.
- 2 Das NWP 75 enthält Empfehlungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, mit ihren Entscheidungen das Programm zu verwirklichen.
- 3 Die Dienststellen der Landesverwaltung beginnen unverzüglich mit der Durchführungsplanung für das NWP 75.
- 4 Die sich aus dem NWP 75 ergebenden Anforderungen an die Haushalte im Programmzeitraum sind, soweit noch nicht geschehen, bei den Anmeldungen zum Haushalt und zur mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen. Dabei ist zu beachten, daß die jeweils unter Landesausgaben im Programmzeitraum genannten Beträge die Summe der in den fünf Programmjahren vorgesehenen Mittel darstellen, und daß es sich dabei um reine Landesausgaben handelt. Bundeszuwendungen oder sonstige Drittmittel, die durch den Landeshaushalt fließen, sind hinzuzurechnen.

Das NWP 75 kann beim Buchhandel gegen eine Schutzgebühr oder mit Sammelbestellung durch die Staatskanzlei, 4 Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a, bezogen werden.

Anlage In der Anlage ist Abschnitt 2 des NWP 75 abgedruckt, der eine Zusammenstellung aller Programmziele, -maßnahmen und Landesausgaben enthält.

Im Einvernehmen mit allen Ressorts.

2

2. ZUSAMMENGEFASSTE ZIELE, MASSNAHMEN UND KOSTEN

Zur besseren Übersicht werden die Ziele, Maßnahmen und Kosten des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 zunächst in der Kurzfassung der einzelnen Abschnitte dargestellt.

2.1

Teil 3.: Arbeit und Wirtschaft

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Kernenergie (3.11) Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren mit unmittelbar angeschlossener Heliumgasturbine; größerer Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung; Anwendung von Prozeßwärme insbesondere zur Kohlevergasung, Erzverhüttung und Herstellung chemischer Rohstoffe.	Bau eines 300-MWe-Hochtemperaturreaktors als Prototyp und Projektierung eines Leistungsreaktors mit Heliumgasturbine; Errichtung eines Sonderforschungsbereiches „Prozeßwärme“ an der Kernforschungsanlage Jülich.	134 Mio DM
Bergbauanpassung (3.121) Steigerung der Leistung und Wettbewerbsfähigkeit des Steinkohlenbergbaues.	Fortführung der beschlossenen Maßnahmen zur Absatzsicherung und zur Entlastung des Bergbaues von Kosten der Unternehmens- und Betriebskonzentration.	880 Mio DM
Steinkohlenverstromung (3.122) Sicherung eines angemessenen Anteils der Steinkohle an der Stromversorgung.	Gewährung von Zuschüssen und steuerlichen Hilfen nach den beiden Verstromungsgesetzen.	235 Mio DM
Kohletechnik (3.123) Steigerung der Leistung und Wettbewerbsfähigkeit des Steinkohlenbergbaues; Erhöhung der Grubensicherheit; Bekämpfung der Berufskrankheiten des Bergmanns.	Verbesserung bestehender und Entwicklung neuer Verfahren und Einrichtungen zur Gewinnung, Förderung, Aufbereitung und Veredelung der Steinkohle.	92,5 Mio DM
Gas (3.13) Weitgehende Umstellung der öffentlichen Gasversorgung auf Erdgas mit dem Ziel einer Energiepreissenkung.	Weiterer Ausbau des Gasfernleitungsnetzes.	Keine
Stromversorgung (3.14) Sicherung einer ausreichenden, betriebssicheren und kostengünstigen Elektrizitätsversorgung durch leistungsfähige Stromerzeugungs- und Stromverteilungsunternehmen.	Unterstützung der Bemühungen zur Zusammenarbeit oder zum Zusammenschluß von öffentlichen Stromerzeugungs- und Stromverteilungsunternehmen; Unterstützung der Bemühungen des Bundes zur Reform des Konzessionsabgabewesens.	Keine

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Wirtschaftswachstum (3.2) Steigerung des Wirtschaftswachstums durch Auflockerung einseitiger Wirtschaftsstrukturen und wirtschaftliche Stärkung von Problemgebieten.	Schwerpunktmäßig standortbezogene Förderung der Ansiedlung neuer Betriebe oder der Errichtung neuer zusätzlicher Fertigungen in bestehenden Betrieben durch Beihilfen und Bürgschaften; besondere Berücksichtigung von Entwicklungsschwerpunkten im ländlichen Raum; Förderung in enger Verbindung mit den Städtebaumaßnahmen (5.2).	730 Mio DM
Agrarwirtschaft, Produktions- und Betriebsstruktur (3.31) Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen der landwirtschaftlich Erwerbstätigen; Schaffung ausreichend großer Betriebs-einheiten, die die Anwendung neuzeitlicher Produktionstechniken gestatten und langfristig rentabel bewirtschaftet werden können.	Investitions- und Umstellungsbeihilfen für Vollerwerbsbetriebe und aufstockungsfähige Betriebe; Förderung von Kooperationsformen; Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe, insbesondere über die Zupacht; Beratung und Ausbildung zu moderner Betriebsführung.	104 Mio DM
Landentwicklung (3.32) Flurbereinigung mit Folge-maßnahmen in der gesamten ländlichen Zone und im Ballungsrandgebiet; Modernisierung der Lebensgrundlage der Dörfer.	Ausbau der Flurbereinigungsbehörden zur Neuordnung von jährlich 50 000 ha; Ausbau der Wirtschaftswege; Förderung der Ansiedlung und der baulichen Maßnahmen in Altgehöften.	492 Mio DM
Marktstruktur (3.33) Verbesserung der Marktstruktur im Interesse der gesamten Agrarwirtschaft.	Schaffung eines wettbewerbsfähigen Marktes mit leistungsfähigen Betrieben auf der Bearbeitungsstufe sowie im Handel; Förderung von Erzeugergemeinschaften.	135 Mio DM
Berufsstruktur (3.41) Hohe Durchsichtigkeit der zukünftigen Berufsstruktur und ein besseres Arbeitsplatzangebot für Frauen.	Aufklärungsaktionen über die Zukunftsaussichten verschiedener Berufe; Schaffung weiterer geeigneter Arbeitsplätze für Frauen; Errichtung von zwei Instituten für Berufsforschung und für Arbeitsforschung in Köln und Bochum.	20 Mio DM

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Fortbildung und Umschulung (3.42) Wesentlich verbesserte Möglichkeiten für Fortbildung und Umschulung der Arbeitnehmer.	Aufbau regionaler Umschulungseinrichtungen mit Lehrwerkstätten; Stipendien an Fortbildungs- und Umschulungsteilnehmer; spezielle Umschulungsprogramme für landwirtschaftlich Erwerbstätige; Errichtung von Betrieben zur Beschäftigung älterer, schwer vermittelbarer Arbeitnehmer.	73,5 Mio DM

2.2

Teil 4.: Bildung und Forschung

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Vorklasse (4.111) Nach Durchführung des Schulversuchs „Vorklasse“ wird die Landesregierung entscheiden, ob alle Kinder, die das 5. Lebensjahr vollendet haben, in Vorklassen der Grundschule von Sozialpädagogen und von Lehrern auf das schulische Lernen vorbereitet werden.	Der Schulversuch „Vorklasse“ wird mit 50 Klassen durchgeführt.	1,5 Mio DM
Grundschule (4.112) Modernisierung des Grundschulunterrichts.	Einführung erprobter neuer Richtlinien und Lehrpläne zur Modernisierung des Grundschulunterrichts ab 1973; Bau von 2 000 Mehrzweckräumen für den Fach- und Förderunterricht.	160 Mio DM
Schulkindergarten (4.113) Differenzierte Hinführung aller Kinder zur Schulreife in Schulkindergärten oder Vorklassen.	Ein Netz von Schulkindergärten wird so ausgebaut, daß alle nicht schulreifen Kinder zur Schulreife geführt werden können; 320 Schulkindergärten werden 1970, 480 von 1971 bis 1975 errichtet.	52 Mio DM
Hauptstufe des Schulwesens (4.12) Ausdehnung der Schulpflicht (Vollzeitschule) auf die Klasse 10; Möglichkeit des mittleren Abschlusses an der Hauptschule (Klasse 10); innere Differenzierung in allen Formen der Hauptstufe; Kooperation und Verflechtung aller Formen der Hauptstufe; Entwicklung entsprechender Lehr- und Lerninhalte.	Ausstattung der Hauptschule mit 1,4 Lehrern je Klasse; 10. Klasse als Angebot (Aufbauklasse der Hauptschule und 10. Klasse Fachoberschule) für etwa 20 Prozent eines Hauptschuljahrganges; Revision der Lehrpläne der Hauptstufe.	35 Mio DM (Bauausgaben)
Kollegstufe (4.13) Einführung der Kollegstufe als selbständige in sich differenzierte Schulform; Entwicklung der Tages- und Abendkollegs, insbesondere in den studienbezogenen Schwerpunkten mit entsprechender Anrechnung von Studienzeiten auf das Hochschulstudium.	Ausbau der Fachoberschule; Revision der Lehrpläne, Lerninhalte und der Lehr- und Lernformen aller Arten des Kollegs; 30 Schulversuche des integrierten Kollegs; modernere Gestaltung der Tages- und Abendkollegs.	137,5 Mio DM

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Gesamtschule (4.14) Erprobung und — soweit das Ergebnis des Schulversuchs dies zuläßt — allgemeine Einführung der Gesamtschule; Integration des gesamten Schulwesens.	Durchführung von 30 Gesamtschulversuchen; Schulneubauten werden in der Regel nur gefördert, wenn eine Gesamtschulanlage oder wenigstens ein als Gesamtschule verwendbares Schulzentrum geplant oder wenn die Ausbaumöglichkeit zu einer Gesamtschulanlage gesichert ist.	75 Mio DM (Mehrbedarf)
Ganztagsschule (4.15) Allgemeine Einführung der Ganztagsschule in der Haupt- und Kollegstufe.	100 Schulen der Hauptstufe werden als Ganztagsschulen eingerichtet; ab 1972 Zulassung des auf fünf Tage verteilten Unterrichts an geeigneten Schulen.	75 Mio DM (Baumehrkosten)
Sonderschulen (4.16) Ausbau der Sonderschulen für Lernbehinderte zu doppelzügigen Schulen; Umwandlung aller Sonderschulen in Ganztagsschulen.	Einführung der Ganztagschule bei 30 Prozent der Sonderschulen; neue Richtlinien und Lehrpläne für die Sonderschulen ab 1973; Erarbeitung verbesserter Verfahren zur Ermittlung der Sonderschulbedürftigkeit; Zusammenfassung der Klassen 7 bis 10 zu mindestens doppelzügigen Systemen in verdichteten Gebieten.	40 Mio DM (Baukosten)
Berufliche Bildung (4.17) Allgemeine Einführung des Berufsgrundschuljahres mit Vollzeitunterricht.	Einrichtung von Angebotsklassen des Berufsgrundschuljahres für rund 10 Prozent des jeweiligen Jahrgangs (ohne die Besucher weiterführender Schulen).	110 Mio DM (Baukosten)
Berufliche Fachbildung (4.172) Differenzierte Neuordnung des Verhältnisses von Berufsschulunterricht und betrieblicher Ausbildung nach allgemeiner Einführung des Berufsgrundschuljahres; Verbesserung der beruflichen Fachbildung durch Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten des Handwerks und der kleinen und mittleren Industriebetriebe.	Differenzierte Neuordnung der Anteile von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung; Verhandlung des Landes mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaft über die staatliche Förderung der Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten.	20 Mio DM

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Bildungsberatung (4.18) Schulbegleitende Bildungsberatung im ganzen Land.	Einrichtung von Beratungsstellen an den Gesamtschulen und in allen großen Schulzentren; Einrichtung zentraler Beratungsstellen für die übrigen Schulen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte.	13 Mio DM (Personalkosten)
Programmgesteuerte Unterweisung (4.191) Einsatz von Sprachlehranlagen und insbesondere von Lernprogrammen in grundsätzlich allen großen Schulen des Landes.	Großversuch mit dem Einsatz von Lernprogrammen und Sprachlehranlagen; Erforschung und Erprobung neuer Techniken der Wissensvermittlung an dem Landesinstitut für pädagogisch-didaktische Forschung (4.85).	5 Mio DM
Bildungsfernsehen (4.192) Umfassender Einsatz des Bildungsfernsehens in Schule, Hochschule, Fortbildungseinrichtungen und in der Erwachsenenfernberufung.	Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Fernseh- und Aufzeichnungsgeräten.	26 Mio DM
Lehrerbildung (4.21) Gliederung des Lehrerberufs nach Stufen; Stufenausbildung für alle Lehrer an Universitäten; regelmäßige Weiterbildung für Lehrer.	Schaffung der rechtlichen, organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für das Konzept des Stufenlehrers; Einsatz von Lehrern an Haupt- und Realschulen in den Klassen 5 bis 10 aller Schulformen; Einrichtung von Fortbildungskursen für Lehrer an den Hochschulen; Ausbildung von pädagogisch-technischen Assistenten.	18,5 Mio DM
Hochschulzugang (4.51) Abstimmung des Studienplatzangebotes mit den Studienwünschen aller zum Studium Befähigten und den Berufsvorausschätzungen.	Neubestimmung der Hochschulreife; Entwicklung eines sachgerechten Zulassungsverfahrens für eine Übergangszeit; Einrichtung einer zentralen Informationsstelle; Erstellung des Generalplans der zu schaffenden Studienplätze im Hochschulbereich.	5,8 Mio DM

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Reform der Studiengänge (4.52) Konzentration des Studiums.	Berufung von Kommissionen zur Erarbeitung von Modellstudiengängen; deren Erprobung in Hochschulversuchen; Einsetzung von Studiendekanen; Einführung des Studienjahres.	1,8 Mio DM
Hochschuldidaktik (4.53) Verbesserung von Aufbau und Methode der Lehre und des Studiums.	Bildung von hochschuldidaktischen Arbeitsgruppen und interdisziplinären Forschungsgruppen für Hochschuldidaktik an den Hochschulen des Landes; Ausbau der Arbeit in kleinen Gruppen.	50 Mio DM
Studienberatung (4.54) Orientierung im Studium und damit Verminderung von Fehlleitung und Fehlentscheidung im Studium.	Berufung hauptamtlicher Studienberater oder Einrichtung von Studienberatungsstellen.	12 Mio DM
Aufbaustudium und Kontaktstudium (4.55) Ergänzung der Hochschulausbildung durch Aufbau- und Kontaktstudiengänge entsprechend dem Fortschritt der Wissenschaften und dem Wandel der Berufsanforderungen.	Einrichtung von Aufbau- und Kontaktstudiengängen; Bereitstellung von Stipendien; Bereitstellung von Promotionsstipendien.	33 Mio DM
Fernstudium (4.56) Effektivere Gestaltung des Studiums besonders für Studienanfänger und im Kontaktstudium.	Gründung eines interuniversitären Zentrums für das Fernstudium und Einrichtung entsprechender Betreuungsstellen an den Hochschulen.	49,5 Mio DM
Lehrkörper (4.57) Funktionsgerechte Verteilung der Aufgaben der Mitglieder des Lehrkörpers.	Neugliederung des Lehrkörpers unter Einführung von Assistenzprofessoren; verbesserte Verfahren zu seiner Ergänzung; Zuordnung der Mitarbeiter sowie der Sachausstattung zu den Fachbereichen.	Keine
Neue Hochschulen (4.61) Ausreichendes Angebot an Studienplätzen, besonders in den Lehramtsfächern und in den Naturwissenschaften.	Aufbau von acht neuen Universitäten; Änderung des Statusgesetzes der Pädagogischen Hochschulen.	Keine (4.64)

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Fachhochschulen (4.62) Fachhochschulen mit einem umfassenden Lehrangebot.	Errichtung von mindestens 13 Fachhochschulen.	Keine (4.64)
Gesamthochschulen (4.63) Sicherung eines umfassenden Lehrangebotes im gesamten Hochschulbereich; rationelle Ausnutzung von Einrichtungen der Forschung und Lehre.	Kooperation der Universitäten, TH Aachen, neuen Universitäten, Sporthochschulen, Kunsthochschulen, Musikhochschulen und Fachhochschulen in Gesamthochschulen.	Keine (4.64)
Neue Studienplätze (4.64) Erhöhung der Jahrgangsquote der Hochschulzugänge auf über ein Fünftel bis 1980; ausreichende Studienplätze im Gesamthochschulbereich.	Schaffung von 42 000 neuen Studienplätzen im Hochschulbereich; schrittweise Deckung des Nachhol- und Sanierungsbedarfs; regionaler und fachlicher Ausgleich im Hochschulausbau; Errichtung von ausgelagerten Abteilungen der Hochschulen mit 2000 Studienplätzen insgesamt; Steigerung der laufenden Ausgaben für die Hochschulen jährlich im Durchschnitt um 18 Prozent.	8650 Mio DM
Studentenwohnheime (4.65) Sicherung genügender Unterkunftsmöglichkeiten für die Studierenden.	Erstellung von 28 000 Wohnheimplätzen.	200 Mio DM
Hochschulplanung und Hochschulbauplanung (4.66) Wissenschaftlich fundierte Hochschulplanung und Hochschulbauplanung.	Aufstellung von Rahmen-, Struktur- und Entwicklungs- sowie Schwerpunktplänen für den Hochschulbereich; Beteiligung des Hochschulplanungsbeirates an der Entwicklung von Studienreformmodellen für den Hochschulbereich; Aufbau eines einheitlichen Systems der Datenerhebung für alle Hochschulen des Landes und Bildung von Informations- und Planungsgruppen; Einrichtung von Schulungsmöglichkeiten für Wissenschaftsverwaltung; Aufbau einer Forschungseinrichtung für Hochschulplanung; Einrichtung eines zentral geführten Planungsbüros für Hochschulbauten.	12,5 Mio DM

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Erwachsenenbildung, Verbundsystem (4.71) Integration der Erwachsenenbildung in das Gesamtbildungssystem.	Gesamtvorlesungsverzeichnisse zum Angebot an Erwachsenenbildung mindestens in Kreisen und kreisfreien Städten; regionaler Verbund der Träger; Koordination der Veranstaltungen; verbesserte Verbindungen zum Fernstudium; Vorbereitung der Stoff- und Niveaangleichung für qualifizierte Abschlüsse, jedoch vorab Ausbau der systematischen Lehrgänge zur Vorbereitung auf Schulabschlüsse.	35 Mio DM
Zentren der Erwachsenenbildung (4.72) Schaffung der baulichen Voraussetzungen für das System der Erwachsenenbildung.	Einbeziehung von Erwachsenenbildungsstätten in Schulzentren.	5 Mio DM
Forschungsprogramm (4.81) Stärkung des Forschungspotentials im Lande.	Periodisch fortgeschriebenes Landesforschungsprogramm.	Keine
Forschungsorganisationen an den Hochschulen (4.82) Erhöhung des Forschungspotentials des Landes.	Zusammenschluß isolierter Institute zu größeren Einheiten; sachgerechte Verteilung der Einnahmen an „Forschungsgebühren“.	Keine
Friedensforschung (4.84) Verbesserung der wissenschaftlichen Voraussetzungen zur Erhaltung des Friedens.	Gründung einer Einrichtung für Friedensforschung.	4,5 Mio DM
Pädagogisch-didaktische Forschung (4.85) Konzentrierte Erforschung moderner Lehr- und Lernverfahren zur Steigerung der Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens.	Errichtung eines Zentralinstituts zur Erforschung von Lehr- und Lernverfahren.	69 Mio DM
Landes- und Stadtentwicklungsforschung (4.86) Durch Landes- und Stadtentwicklungsforschung sollen Grundlagen und Entscheidungshilfen für die Landesplanung, Regionalplanung, Entwicklungsplanung und Bauleitplanung (einschließlich Finanzplanung) erarbeitet werden.	Errichtung eines Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung durch das Land.	7 Mio DM

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Biomedizinische Technik (4.87) Verbesserung der Krankenversorgung.	Gründung eines Instituts für Biomedizinische Technik.	5,5 Mio DM
Vorausschau in Naturwissenschaft und Technik (4.88) Verbesserung der anwendungsbezogenen Umsetzung naturwissenschaftlicher und technischer Forschung.	Gründung eines Instituts für Naturwissenschaft und Technik.	8 Mio DM

2

2.3

Teil 5.: Planung, Bau und Verkehr

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Landesplanung (5.1) Das gesamte Landesgebiet muß unter ständiger Erweiterung und Vertiefung der Zielaussagen durch landesplanerische Pläne abgedeckt werden.	Die Landesentwicklungspläne III, IV und V werden erstmalig aufgestellt; das Landesentwicklungsprogramm und der Landesentwicklungsplan I werden überarbeitet. Außerdem werden rund 30 Gebietsentwicklungspläne erstmalig oder neu aufgestellt.	2 Mio DM
Städtebau (5.2) Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verdichtungsgebiete Bielefeld, Münster und Aachen durch regionale Schnellverkehrsmittel.	Ausbau von 14 Stadt- und Stadtteilzentren.	Sind in den Abschnitten 5.24 und 5.36 enthalten
Verdichtungsgebiet Rhein-Ruhr (5.212) Konzentration der Siedlungsentwicklung des Verdichtungsgebietes Rhein-Ruhr an Haltestellen des S-Bahn- und Stadtbahnnetzes.	Bevorzugte Förderung der Entwicklung einer Auswahl aus 74 Stadt- und Stadtteilzentren an S-Bahn- und Stadtbahnhaltestellen.	Sind in den Abschnitten 5.24 und 5.36 enthalten
Städtebauförderung und Dorferneuerung in den ländlichen Gebieten (5.22) Ausbau von Entwicklungsschwerpunkten in den ländlichen Gebieten für einen höheren Versorgungsstandard; bessere Arbeitsteilung im Nahversorgungsbereich.	Vorrangige Förderung besonders geeigneter Entwicklungsschwerpunkte und zentraler Orte in den ländlichen Gebieten; Dorferneuerung.	Sind in den Abschnitten 5.24 und 5.36 enthalten
Standortprogramme und Standortförderung (5.23) Erstellung von mittel- und langfristigen Standortprogrammen für Entwicklungsschwerpunkte außerhalb der Ballungkerne, für Stadt- und Stadtteilzentren an S-Bahn- und Stadtbahnhaltestellen und für besonders geeignete Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung; standortbezogener, koordinierter Einsatz der Investitionsmittel von Gemeinde, Land und Bund.	Veröffentlichung von Richtlinien der Landesregierung über Form und Inhalt von Standortprogrammen bis Ende 1971; Erarbeitung der Programme durch die Gemeinden.	Verwaltungskosten; soweit sich das Land an den Kosten beteiligt, sind Mittel im Abschnitt 5.24 enthalten

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Ausgaben für den Städtebau (5.24) Ausbau aller Entwicklungsschwerpunkte außerhalb der Ballungskerne, der Stadt- und Stadtteilzentren an S-Bahn- und Stadtbahnhaltestellen und besonders geeigneter Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung.	Ausbau von ausgewählten Entwicklungsschwerpunkten, Stadt- und Stadtteilzentren und Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung.	1254 Mio DM
Wohnungsbau (5.3) Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden und preiswerten Wohnungen an zukunftsicheren Standorten.	Bau von rund 200 000 Neubauwohnungen und Erneuerung von rund 250 000 Altbauwohnungen mit Vorrang an Entwicklungsschwerpunkten, in Stadt- und Stadtteilzentren an S-Bahn- und Stadtbahnhaltestellen und in zentralen Orten.	4327 Mio DM
Bundesfernstraßen (5.41) Verdichtung des Netzes vier- und mehrspuriger, autobahngleicher Straßen, so daß im allgemeinen keine größere Entfernung als 10 km zur nächsten Bundesautobahn oder autobahngleichen Straße besteht.	Neubau von 830 km vierspurigen Bundesfernstraßen und 320 km zweispurigen Straßen.	Keine (Bundesausgaben)
Landstraßen (5.42) Neubau oder grundlegender Ausbau der im „Grünen Netz“ des Ausbauplans für die Landstraßen erfaßten Strecken.	Neu-, Um- und Ausbau von etwa 2000 km Landstraßen; Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen.	2650 Mio DM
Kommunale Verkehrsbauten (5.43) Wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.	Förderung des Baues und der Unterhaltung von Kreis- und Gemeindestraßen; Bau von U-Bahnen; Anlage von besonderen Gleiskörpern für Straßenbahnen; Bau von Stadtbahnen im Rheingebiet.	3465 Mio DM
Höhengleiche Bahnübergänge (5.44) Beseitigung aller verkehrsreichen höhengleichen Bahnübergänge.	Beseitigung von 50 bis 60 höhengleichen Bahnübergängen.	83 Mio DM

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Bahnen (5.5)		
Modernisierung des Eisenbahnbetriebes und des technischen Streckenausbau.	Elektrifizierung weiterer Strecken, darunter Münster–Rheine, Troisdorf–Siegen und Altenbeken–Osnabrück–Bentheim; Einschaltung in die Überlegungen der Deutschen Bundesbahn zur Streckenführung einer Hochleistungsschnellbahn; Empfehlungen zur Verbesserung der Verkehrsbedienung für den Wochenenderholungsverkehr.	18 Mio DM
Städteschnellverkehr (5.52)		
Verbindung der großen Zentren des Rhein-Ruhr-Gebietes durch einen im Taktverkehr fahrenden Städteschnellverkehr mit Spitzengeschwindigkeiten von 200 km/h.	Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn; Ausbau der Strecken Bonn–Köln–Düsseldorf–Essen–Dortmund und Köln–Wuppertal–Dortmund.	Keine
S-Bahn Rhein-Ruhr (5.531)		
Aufbau der S-Bahn Rhein-Ruhr als Teil eines regionalen Schnellbahnsystems.	Inbetriebnahme von zehn Strecken der S-Bahn Rhein-Ruhr.	330 Mio DM
Stadtbahn Rhein-Ruhr (5.532)		
Aufbau eines kreuzungsfreien Stadtbahnnetzes im Rhein-Ruhr-Gebiet bis etwa 1985.	Fortsetzung des Streckenausbau.	435 Mio DM
S-Bahn und Stadtbahn Bielefeld (5.533)		
Ausbau eines regionalen Schnellbahnnetzes für den Raum Bielefeld.	Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn über einen dichteren Taktverkehr; Vorplanungen einer S-Bahn; Ausbau der Stadtbahn Senne-stadt–Bielefeld.	30 Mio DM
U-Bahnen und Straßenbahnen (5.54)		
Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in den Gemeinden in seinen Verteiler- und Zubringerfunktionen zum regionalen Schnellbahnverkehr; Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.	Förderung des Baues von U-Bahnen und stadtbahnähnlichen Bahnen; Ausbau eigener Fahrspuren für Bus und Straßenbahnen; Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Mitfinanzierung eigener Busspuren.	Sind in Abschnitt 5.43 enthalten

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Verkehrsbund (5.6) Bildung von Verbundgebieten für den regionalen Personenverkehr im ganzen Land.	Bildung einer Arbeitsgruppe Regionalverkehr; Mustervereinbarungen für Verkehrsverbundgebiete; Durchführung von mindestens drei Versuchen in ländlichen Gebieten.	Verwaltungskosten
Wasserstraßen (5.7) Anpassung der Wasserstraßen an die Verkehrsbedürfnisse zur Hebung der Standortgunst des Landes.	Ausbau des Rheins, der Fulda, des Wesel-Datteln-Kanals, des Rhein-Herne-Kanals, des Datteln-Hamm-Kanals, des Dortmund-Ems-Kanals, des Mittelland-Kanals; Anlage eines öffentlichen Hafens.	153,7 Mio DM
Flughäfen (5.8) Betrieb von drei Verkehrsflughäfen und mehreren Flughäfen für den Regional- und Geschäftsflugverkehr.	Ausbau der Verkehrsflughäfen Köln-Bonn und Düsseldorf; Planung des Verkehrsflughafens Dortmund-Münster; Ausbau von Flughäfen für den Regional- und Geschäftsflugverkehr.	114 Mio DM

2

2.4

Teil 6.: Freizeit und Kultur

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Tageserholung (6.11) Die Verdichtungsgebiete müssen mit ausreichenden Tageserholungsanlagen versorgt werden.	Errichtung von 20 Tageserholungsanlagen; Inangriffnahme von 20 weiteren Tageserholungsanlagen.	133 Mio DM
Wochenend- und Ferienerholung (6.12) Ausbau der Wochenend- und Ferienerholung; Schaffung neuer erholungsgerechter Wasserflächen.	Errichtung von 20 Anlagen der Wochenenderholung; Inangriffnahme von 13 weiteren Anlagen; Konzentration von Förderungsmaßnahmen der Ressorts auf Schwerpunkte der Ferienerholung; Zusammenfassung der Ferienhausentwicklung auf geeignete Bereiche; Förderung von zwei kommerziellen Freizeit-Großanlagen.	200 Mio DM
Verschönerung der Stadtlandschaft (6.13) Verschönerung der Stadtlandschaft.	Beteiligung des Landes an zwei Modellvorhaben.	20 Mio DM
Einheitliche Zuständigkeit (6.14) „Freizeit“ muß als expansiver Gesellschaftsbereich erkannt werden.	Schaffung einer einheitlichen Zuständigkeit für Freizeit und Erholung bei einer obersten Landesbehörde.	Keine
Sportstätten (6.21) Die Zahl der Sportstätten muß wesentlich erhöht werden, um ein ausreichendes Angebot für die Bevölkerung zu schaffen.	Die für den Bau von Sportstätten vorgesehenen Landesmittel sind zu erhöhen.	380 Mio DM
Sport-Leistungszentren (6.22) Förderung des Spitzen- und Leistungssports in regional gegliederten Sport-Leistungszentren, die möglichst den Hochschulen zugeordnet werden sollen.	Finanzielle Förderung von 22 Sport-Leistungszentren.	29 Mio DM
Sportstadien (6.23) Schaffung einer ausreichenden, der Bevölkerungszahl und den Sportbedürfnissen entsprechenden Zahl großer Stadien.	Finanzielle Förderung von vier Großstadien und zehn regional bedeutsamen Stadien.	40 Mio DM

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Theater- und Musikpflege (6.31) Erhaltung der dichten und vielseitigen Theaterlandschaft Nordrhein-Westfalens; Steigerung der Qualität der Orchester mit überörtlichen Aufgaben; Erhöhung der Zahl der Jugendmusikschulen.	Verstärkte Förderung von künstlerisch besonders wertvollen Inszenierungen der kommunalen Theater; verstärkte finanzielle Förderung der überörtlichen Musikpflege und der Jugendmusikpflege; Neubau für die Staatliche Hochschule für Musik in Köln.	50 Mio DM (Theater) 40 Mio DM (Musikpflege)
Staatliche Museumspflege (6.32) Abschluß der Förderung des Neu- und Wiederaufbaues von kommunalen Museen bis 1980; Fortsetzung der Förderung von Ausstellungen und des Ausbaues der Sammelbestände sowie der Bildungsaufgabe der Museen.	Finanzielle Förderung der von den Gemeinden beantragten Neu- und Wiederaufbauprojekte; Neubau der Landesgalerie in der Landeshauptstadt Düsseldorf.	46 Mio DM
Kulturdenkmäler (6.33) Wiederherstellung und Erhaltung der künstlerischen und technischen Baudenkmäler des Landes.	Beseitigung der noch vorhandenen Kriegsschäden; Sicherung und Restaurierung wertvoller profaner Baudenkmäler; Erhaltung technischer Kulturdenkmäler.	70 Mio DM
Bibliothekswesen (6.34) Neuordnung und Rationalisierung des gesamten Bibliothekswesens.	Aufstellung einer bibliothekarischen Regionalplanung; Erhöhung der Globalmittel für die Förderung des Büchereiwesens und der Zuschüsse für wissenschaftliche Bibliotheken, deren Träger nicht das Land ist.	22,7 Mio DM

2.5

Teil 7.: Gesundheit und Soziales

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Öffentliches Gesundheitswesen (7.1) Verbesserung des Gesundheitsschutzes, der Gesundheitsaufsicht sowie der Gesundheitsfür- und -vorsorge durch hochspezielle Ausbildung der Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen.	Beteiligung des Landes an dem Aufbau einer Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf.	1 Mio DM
Lebensmittel und Arzneimittel (7.2) Verbesserung der Lebensmittelüberwachung auf Kreisebene; Schaffung eines „Lebensmitteltechnischen Kontrolldienstes“; wesentliche Steigerung der Anzahl der Arzneimitteluntersuchungen.	Vorlage eines Gesetzes über den Lebensmittelchemiker; Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für Lebensmittelchemiker und Lebensmittelkontrolleure; Konzentration der Chemischen Untersuchungsämter; Ausbau des Chemischen Landesuntersuchungsamtes in Münster.	26 Mio DM
Behindertenbetreuung (7.3) Möglichst früh einsetzende Maßnahmen der Eingliederung für Körperbehinderte, Sinnesgeschädigte und geistig-seelisch behinderte Menschen.	Förderung von Einrichtungen für die Eingliederung behinderter Menschen, die einen Daueraufenthalt in einer Anstalt entbehrlich machen, wie Tages- und Nachtkliniken, Sonderkindergärten, Anlernwerkstätten, Beschützende Werkstätten und ähnliche Einrichtungen.	30 Mio DM
Krankenhäuser (7.4) Die Bevölkerung aller Landesteile muß nach einem dreistufigen System der Versorgungsbereiche durch ausreichend große und leistungsfähige Krankenhäuser versorgt werden.	Förderung des Baues von Krankenhäusern im Umfang von rund 3500 Betten jährlich; verstärkte Förderung des Baues von Krankenhäusern der zweiten und dritten Versorgungsstufe, von geriatrischen Kliniken und von Intensivpflegestationen; Vorrang des Baues von Krankenhäusern in Entwicklungsschwerpunkten und besonders geeigneten zentralen Orten ländlicher Gebiete sowie Vorrang von Ergänzungsbauten in Verdichtungsgebieten.	1311 Mio DM

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Arbeitsunfallverhütung (7.5) Die Zahl der Berufsunfälle und Berufskrankheiten, insbesondere die mit tödlichem Ausgang und die, die zur Frühinvalidität führen, muß gesenkt werden.	Fortdauernde Aufklärungstätigkeit; Einrichtung eines Instituts für Unfallforschung und Sicherheitstechnik.	9 Mio DM
Kindergärten (7.6) Jedes Kind muß die Möglichkeit haben, einen von sozialpädagogischen Fachkräften betreuten Kindergarten gebührenfrei zu besuchen, wenn dies von den Eltern gewollt wird.	Förderung des Ausbaues von rund 200 000 Kindergartenplätzen; Erhöhung der Ausbildungskapazität der Fachrichtung Sozialpädagogik an Fachhochschulen auf jährlich etwa 500 Abschlüsse; Errichtung von 15 Fachschulen für Erzieher.	330 Mio DM
Altenhilfe (7.7) Die Altenerholung ist stark auszubauen und zu verbessern; älteren Bürgern müssen angemessene Wege zur Bildung und Fortbildung eröffnet werden; das Land wird sich dafür einsetzen, daß älteren Menschen langfristig ärztliche Vorsorgeuntersuchungen kostenlos angeboten werden können.	Die Altenerholung wird stärker und zugunsten eines größeren Kreises von Alten gefördert; das Bildungsprogramm der Volkshochschule für alte Menschen muß angemessen ausgebaut werden.	25 Mio DM (Altenerholung)
Wohnungen und Heime für alte Menschen (7.72) In Nordrhein-Westfalen müssen etwa 110 000 Plätze in Altenheimen oder Altenwohnheimen und Krankenheimen (Altenpflegeheimen) vorhanden sein. Dabei ist ein Bestand von mindestens 40 000 Altenwohnungen vorausgesetzt.	Förderung von 30 000 Altenwohnungen (auch solchen in Altenwohnheimen), 7000 Plätzen in Altenheimen und 10 000 Plätzen in Krankenheimen (Altenpflegeheimen).	550 Mio DM

2

2.6

Teil 8.: Wasser, Abfall, Luft und Lärm

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Wasserversorgung (8.11) Laufende Anpassung der Versorgungskapazitäten und Verbundnetze an den steigenden Bedarf; der Grad des Anschlusses an die zentrale Wasserversorgung wird erhöht.	Neben der laufenden Anpassung wird die Einrichtung zentraler Wasserversorgungsanlagen im Gebiet der Issel, der Ems und der Weser vorrangig gefördert.	150 Mio DM
Abwasserklärung (8.12) Die Einleitung ungeklärter Abwässer in die Gewässer muß verhindert werden, so daß die Selbstreinigungskraft nicht überfordert wird; mindestens 60 Prozent der Einwohner des Landes sind an mechanisch-biologische Kläranlagen anzuschließen.	Zur besseren Reinhaltung des Rheins, der Ruhr und der Wupper werden 14 größere Abwasseranlagen und Klärwerke gebaut; im gesamten Landesgebiet sind rund 300 Kläranlagen zu bauen; Einbringung eines Gesetzes über einen einheitlichen Ruhrverband.	632 Mio DM
Talsperren (8.13) Mitte der achtziger Jahre müssen Talsperren mit einem Gesamtstauraum von rund 1200 hm ³ vorhanden sein.	Die Wupper-Talsperre, die Oberrhein-Talsperre, die Wiehl-Talsperre und der Kemnader Stausee werden gebaut; ein Gesamtstauraum von 1000 hm ³ wird erreicht.	180 Mio DM
Abfallbeseitigung (8.2) Die geordnete Ablagerung von Abfällen muß für Einzugsbereiche von mindestens 20 000 Einwohnern durchgeführt werden; Abfallkompostierung und Müllverbrennung müssen in zentralen Anlagen für weit größere Einwohnerbereiche durchgeführt werden.	Für den Bau oder die Einrichtung kommunaler Abfallbeseitigungsanlagen, die den Zielvorstellungen entsprechen, gibt das Land erstmalig Zuschüsse oder Darlehen.	50 Mio DM
Reinhaltung der Luft (8.3) Verringerung der stark durch Luftverunreinigungen (Staub und Schwefeldioxid) belasteten Gebiete an der Ruhr auf geringe Restgebiete nach Abbildung 60.	Beseitigung oder Verminderung der Luftverschmutzung bei etwa 100 größeren industriellen Anlagen.	46 Mio DM (bis 1973)

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Neue Quellen der Luftverunreinigung (8.32) Wesentliche Verringerung der Luftverunreinigung durch Fluor, Kohlenwasserstoffe, Chlor und zahlreiche mit chemischen Prozessen verbundene Geruchsstoffe.	Untersuchungen in sechs Luftreinhaltegebieten und Einsatz von Zinszuschüssen und Krediten für Verbesserungsmaßnahmen; Zuschüsse für Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiet der Luftreinhaltung.	98 Mio DM
Laufende Überwachung der Luftqualität (8.33) Kontrolle aller wichtigen Luftverunreinigungs-komponenten.	Durchführung eines neuen Meßprogramms ab 1971; Luftreinhaltemaßnahmen bei Koksheizungen und kohlebeheizten Einzelöfen; Überwachung der Kraftfahrzeugabgase.	5 Mio DM
Verminderung des Lärms (8.4) Wesentliche Verbesserung des Lärmschutzes.	Grundlagenuntersuchungen über den Lärmschutz; Aufstellung eines Lärmkatasters im Rahmen der Modelluntersuchung; Förderung von Entwicklungen zu lärmarmen Maschinen usw. und zur Lärmdämmung von Gebäudeaußenwänden, Fenstern und Dächern.	6,5 Mio DM

2

2.7

Teil 9.: Regierung und Verwaltung

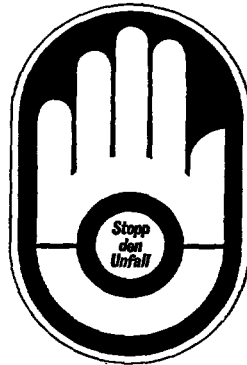
Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Gebietsreform der Verwaltung (9.1) Rationeller und übersichtlicher Aufbau der Gesamtverwaltung mit einer wesentlich herabgesetzten Zahl der Verwaltungseinheiten.	Wegfall der Ämter; Auflösung von mehr als drei Viertel der Gemeinden, mehreren Kreisen und sonstigen Verwaltungseinheiten; Rückkehr kleinerer kreisfreier Städte in die Kreise.	Keine
Gerichtsorganisation (9.21) Schaffung funktionstüchtiger Amtsgerichte und Arbeitsgerichte in deckungsgleichen Räumen mit Verwaltungsbezirken.	Aufhebung von 30 bis 40 Amtsgerichten und 10 bis 15 Arbeitsgerichten.	16 Mio DM
Wirtschaftskriminalität (9.22) Wirksame Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.	Personelle Verstärkung der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und Intensivierung der Fortbildung der Richter und Staatsanwälte auf diesem Spezialgebiet.	3 Mio DM
Strafvollzug (9.23) Bessere Ausbildung der Vollzugsbeamten und Differenzierung des Strafvollzugs.	Errichtung sozialtherapeutischer Anstalten, eines Zentralkrankenhauses, weiterer Strafvollzugsanstalten und einer Schulungsstätte für Strafvollzugspersonal.	192,5 Mio DM
Polizei (9.3) Verbesserter Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums der Bürger.	Personalvermehrung bei der Polizei um etwa 10 Prozent; Vergrößerung der Kreispolizeibehörden; Verbesserung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens.	483 Mio DM

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
Ausbildung (9.41) Ausrichtung der Ausbildung auf die Vermittlung von Grund- und Methodenwissen.	Reform des juristischen Studiums unter Stoffbeschränkung bei stärkerer Berücksichtigung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge; Ausrichtung des Vorbereitungsdienstes entsprechend dem veränderten Studium auf eine praktisch-methodische Grundausbildung; Anpassung und entsprechende Gestaltung der Staatsprüfungen; aus stärker verwaltungsbezogenen Studiengängen bei den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Übernahme einer höheren Zahl von Bewerbern in den Verwaltungsdienst.	Keine
Fortbildung (9.42) Fortbildungssystem für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes.	Ausweitung der bisherigen Maßnahmen der fachlichen, übergreifend fachlichen und allgemeinen Fortbildung; Vertiefung einer qualifizierten, berufsbegleitenden Fortbildung für die Inhaber herausragender Ämter; Bewertung der Fortbildungsbereitschaft bei Beurteilung und Förderung.	17 Mio DM
Automation des Verwaltungsvollzugs (9.51) Automatisierung aller dazu geeigneten Verwaltungsaufgaben.	Automatisierung vor allem des Finanzwesens; Aufbau des Rechenzentrums der Kriminalpolizei.	168 Mio DM
Integrierte Datenverarbeitung zwischen Land, Gemeinden und Bund (9.52) Integrierte Datenverarbeitung zwischen Land, Gemeinden und Bund.	Entwicklung eines Systems der integrierten Datenverarbeitung; Einrichtung der Vergabeorganisation für Personenkennzeichen.	46 Mio DM
Datenverarbeitung als Führungshilfe (9.53) Entwicklung der integrierten Datenverarbeitung zum Führungsinstrument.	Ausbau der Strukturdatenbank und Entwicklung eines Landesinformationssystems.	33 Mio DM
Automationsgerechte Vorschriften (9.54) Automationsfähiger Verwaltungsvollzug muß durch automationsgerechte Vorschriften erleichtert werden.	Entwürfe von Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden auf Automationsgerechtigkeit überprüft.	Keine

2

Langfristige Ziele	Maßnahmen bis 1975	Landesausgaben im Programmzeitraum
EDV-Ausbildung für die Verwaltung (9.55) Ausreichend geschultes Personal als Voraussetzung zur Einführung automatisierter Verwaltungsverfahren in allen Verwaltungsebenen.	Aufbau einer gemeinsamen EDV-Ausbildung für Landes- und Kommunalbedienstete in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden; Einführung der Verwaltungsangehörigen in die Grundlagen der EDV durch Fortbildungsveranstaltungen.	26 Mio DM
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (9.6) Nutzen-Kosten-Untersuchungen und Kosten-Wirksamkeits-Untersuchungen müssen bei geeigneten Projekten von erheblicher finanzieller Bedeutung durch ausgebildetes Personal innerhalb der Landesverwaltung durchgeführt werden.	Nutzen-Kosten-Untersuchungen werden im Entwurf einer neuen Landeshaushaltsordnung vorgesehen; die wissenschaftliche Theorie und Anwendung von Nutzen-Kosten-Untersuchungen in der Verwaltung wird durch Errichtung eines zusätzlichen Lehrstuhls gefördert; auf entsprechende Ausgestaltung der Prüfungsordnungen für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird hingewirkt.	1 Mio DM
Zusammenarbeit im Bundesstaat (9.71) Aufstellung eines Bundesentwicklungsprogramms.	Anregung der Landesregierung, als Vorbereitung für die Rahmenplanung der Gemeinschaftsaufgaben ein Bundesentwicklungsprogramm aufzustellen.	Keine
Neugliederung der Länder nach Art. 29 GG (9.72) Neugliederung des Bundesgebietes zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der bundesstaatlichen Ordnung.	Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes zur Neugliederung des Bundesgebietes.	Keine

Stopp den Unfall



aktion gegen den unfall '70
im Lande Nordrhein-Westfalen
Hauptverband der gewerblichen
Berufsgenossenschaften e.V., Bonn

Einzelpreis dieser Nummer 4,— DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf,

Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.